

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 18/4424 –**

Auslaufen der Milchquote – Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehhalter sichern

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Nicole Maisch, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/4330 –**

Landwirtschaft braucht flächendeckende Milchviehhaltung – Bäuerliche Milcherzeuger stärken – Milchpreise stabilisieren

A. Problem

Zu Buchstabe a

Der Milchsektor nimmt laut Antragsteller innerhalb der deutschen und europäischen Land- und Ernährungswirtschaft eine herausragende Stellung ein. An der Milchproduktion hängen laut der Fraktionen der CDU/CSU und SPD in hohem Maße Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. Im Rahmen der 2003 beschlossenen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) wurde der Ausstieg aus der seit 1984 in der EU geregelten Milchquote bis 2015 verbindlich vereinbart. Zum 1. April 2015 sind die in der EU tätigen Milcherzeuger in den „Markt“ entlassen worden. Die Konsequenzen dieses politischen Schrittes auf die Akteure und Betriebe auf dem Milchmarkt können laut Antragsteller bisher nicht abschließend bewertet werden. Die Folgen des Quotenausstiegs intensiv zu beobachten und zu analysieren, ist deshalb für die Fraktionen der CDU/CSU und SPD unerlässlich. Die Ausgestaltung möglicher Begleitmaßnahmen zur Unterstützung des Milchquotenausstieges liegt laut Antragsteller in der Verantwortung der Bundesländer.

Mit dem Antrag auf Drucksache 18/4424 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, gemeinsam mit den Bundesländern im Rahmen der Programme

zur ländlichen Entwicklung u. a. darauf hinzuwirken, die Bewirtschaftung von Grünlandstandorten durch an die Region angepasste Förderprogramme zu unterstützen sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der technischen und wirtschaftlichen Effizienz der Betriebe anzubieten und auf Instrumente und Maßnahmen im Umgang mit schwankenden Preisen aufmerksam zu machen. Des Weiteren soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, sich auf Ebene der EU dafür einzusetzen, dass das sog. Sicherheitsnetz für den Umgang mit drohenden Marktstörungen im Hinblick auf die Verfügbar- und Wirksamkeit der bestehenden Instrumente einer ständigen Prüfung unterzogen wird und die in der Europäischen Kommission gebildete Milchmarkt-Beobachtungsstelle unterstützt wird.

Zu Buchstabe b

Die Milchviehhaltung ist laut Antragsteller zentraler Bestandteil der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland. Die bäuerliche Milchviehhaltung ist nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stark in ihrer Existenz bedroht. Seit 1999 hat ihren Angaben zufolge die Hälfte aller Betriebe in Deutschland aufgegeben. Seit Beginn des Jahres 2014 hat sich laut Antragsteller der Weltmarktpreis für Milchprodukte nahezu halbiert. Diese Entwicklungen waren laut Antragsteller vorhersehbar. Mit Auslaufen der Milchquote am 1. April 2015 ist laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN absehbar, dass sich der Druck auf die bäuerlichen Erzeuger weiter erhöht. Aufgabe der Politik ist es laut Antragsteller, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass bäuerliche Milchviehhaltung weiterhin eine gute Option für die Landwirtschaft bleibt.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/4330 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, den Erhalt und die Förderung der bäuerlichen Milchviehhaltung zu unterstützen und eine ungesunde Agrarstrukturentwicklung zu verhindern und deshalb u. a. das Grünland im Zuge der Umsetzung der Reform der GAP in Deutschland wirksam zu schützen und Maßnahmen vorzulegen, um die Weidehaltung von Kühen und eine flächengebundene Milcherzeugung zu fördern. Des Weiteren soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, ein proaktives sog. Sicherheitsnetz und Instrumente zur Krisenintervention und für das Krisenmanagement zu schaffen und sich auf Ebene der EU für den Ausbau der Milchmarkt-Beobachtungsstelle zu einem voll funktionsfähigem Instrument für die Marktanalyse und zur Krisenintervention einzusetzen sowie für die Stärkung der Erzeugerposition auf dem Markt und in der Wertschöpfungskette zu sorgen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 18/4424 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/4330 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/4424.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 18/4330.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 18/4424 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 18/4330 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2015

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig
Vorsitzender

Kees de Vries
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Kees de Vries, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 98. Sitzung am 27. März 2015 den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf **Drucksache 18/4424** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 98. Sitzung am 27. März 2015 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 18/4330** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Milchsektor nimmt laut Antragsteller innerhalb der deutschen und europäischen Land- und Ernährungswirtschaft eine herausragende Stellung ein. An der Milchproduktion hängen laut der Fraktionen der CDU/CSU und SPD in hohem Maße Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. Seit 1984 wurde die Milchproduktion in der Europäischen Union (EU) über ein Quotensystem geregelt. Ziel der Milchquote war laut Antragsteller in erster Linie, die Überproduktion zu stoppen und die Milchmenge auf ein definiertes Niveau einzufrieren. Als problematisch hat sich laut der Fraktionen der CDU/CSU und SPD erwiesen, dass die frei handelbare Quote wachstumsorientierte Betriebe in ihrer Entwicklung behindert hat, da der erforderliche Erwerb der Quote den Betrieben Kapital entzogen hat. Im Rahmen der 2003 beschlossenen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU wurde der Ausstieg aus der Milchquote bis 2015 verbindlich vereinbart.

Zum 1. April 2015 sind die in der EU tätigen Milcherzeuger in den „Markt“ entlassen worden. Die Konsequenzen dieses politischen Schrittes auf die Akteure und Betriebe auf dem Milchmarkt können laut Antragsteller bisher nicht abschließend bewertet werden. Die Folgen des Quotenausstiegs intensiv zu beobachten und zu analysieren, ist deshalb für die Fraktionen der CDU/CSU und SPD unerlässlich. Dabei muss neben der Entwicklung der Milchauszahlungspreise auch ein Augenmerk auf die strukturellen, ökologischen und tierschutzrelevanten Auswirkungen der Milcherzeugung und das Verhalten der Molkereien und des Lebensmitteleinzelhandels gerichtet werden. Die Ausgestaltung möglicher Begleitmaßnahmen zur Unterstützung des Milchquotenausstieges liegt laut Antragsteller in der Verantwortung der Bundesländer. In Deutschland wurden bei den Direktzahlungen durch die Gleichstellung von Acker- mit Grünlandflächen sowie durch die Einführung einer Umverteilungsprämie zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe bereits wichtige Schritte unternommen.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/4424 soll der Deutsche Bundestag insbesondere die durch das Ende des Milchquotensystems der EU konsequente Fortsetzung der Marktausrichtung im Bereich der Milcherzeuger sowie die nationale Umsetzung des im Jahr 2012 verabschiedeten sog. Europäischen Milchpakets zur Stärkung der Verhandlungsmacht der Milcherzeuger begrüßen. Zudem soll mit dem Antrag die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, gemeinsam mit den Bundesländern im Rahmen der Programme zur ländlichen Entwicklung darauf hinzuwirken:

1. die Bewirtschaftung von Grünlandstandorten durch an die Region angepasste Förderprogramme zu unterstützen;
2. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der technischen und wirtschaftlichen Effizienz der Betriebe anzubieten und auf Instrumente und Maßnahmen im Umgang mit schwankenden Preisen aufmerksam zu machen;
3. Forschungs- und Demonstrationsvorhaben zu verstärken, die den Fokus auf die Tiergesundheit, tiergerechte Haltung und angemessene Zuchtziele richten;

4. Haltungsformen zu fördern, die eine artgerechte Rinderhaltung sicherstellen, wie den Laufstall oder insbesondere die Weidehaltung;
5. die bürokratischen Hürden zum Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe abzubauen und investive Mittel zum Erhalt der regionalen Infrastruktur bereitzustellen;
6. Milcherzeuger und ihre Molkereien langfristig bei der Differenzierung ihrer Produkte zu unterstützen, insbesondere durch Maßnahmen zur Förderung der höherwertigen Veredelung von Milchprodukten, der ökologischen Produktion, regionale Vermarktung oder Direktvermarktung, um dadurch höhere Erzeugerpreise und eine größere regionale Wertschöpfung zu erreichen;
7. die Marktposition der Milcherzeuger weiter zu stärken, indem die Zusammenarbeit zwischen den Betrieben erleichtert, die Bildung von regionalen und überregionalen Erzeugerorganisationen und Branchenorganisationen und Maßnahmen gegen unfaire Praktiken innerhalb der Lebensmittelkette unterstützt werden.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD soll die Bundesregierung außerdem aufgefordert werden, sich auf Ebene der EU dafür einzusetzen, dass

1. das sog. Sicherheitsnetz für den Umgang mit drohenden Marktstörungen im Hinblick auf die Verfügbarkeit und Wirksamkeit der bestehenden Instrumente einer ständigen Prüfung unterzogen wird;
2. die in der Europäischen Kommission gebildete Milchmarkt-Beobachtungsstelle unterstützt wird;
3. die Europäische Kommission rechtzeitig geeignete Maßnahmen zur Bewältigung von außergewöhnlichen Krisensituationen im Rahmen des sog. Sicherheitsnetzes ergreift.

Zu Buchstabe b

Die Milchviehhaltung ist laut Antragsteller zentraler Bestandteil der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland. Die bäuerliche Milchviehhaltung ist nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stark in ihrer Existenz bedroht. Seit 1999 hat ihren Angaben zufolge die Hälfte aller Betriebe in Deutschland aufgegeben. Milchbäuerinnen und -bauern befinden sich laut Antragsteller in einem „Teufelskreis“ aus Überproduktion und Preisverfall, der ihnen zufolge sehr oft in die Betriebsaufgabe mündet. Seit Beginn des Jahres 2014 hat sich der Weltmarktpreis für Milchprodukte laut Antragsteller nahezu halbiert. Dieser Preisverfall ist nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kein Ergebnis nur externer Marktentwicklungen, sondern ist vor allem auf eine starke Angebotssteigerung durch zahlreiche Stallneubauten und eine Steigerung der Anlieferungsmenge in der EU und besonders in Deutschland in Vorbereitung auf das Auslaufen der sog. Milchquote zum 31. März 2015 zurückzuführen.

Diese Entwicklungen waren laut Antragsteller vorhersehbar. Sie kritisieren, dass vor allem die Bundesregierung sich in den Verhandlungen um die Reform der GAP der EU in den Jahren 2011 bis 2014 deutlich gegen die Einführung vorbeugender Kriseninstrumente gewehrt hat. Daher trägt die Bundesregierung aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die aktuelle Marktsituation eine wesentliche Verantwortung. Aufgabe der Politik ist es laut Antragsteller, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass bäuerliche Milchviehhaltung weiterhin eine gute Option für die Landwirtschaft bleibt. Dazu gehören für sie kostendeckende Preise auf dem Markt und Entwicklungsmöglichkeiten für eine umweltorientierte, tiergerechte und flächengebundene Milchviehhaltung.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/4330 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- a) den Erhalt und die Förderung der bäuerlichen Milchviehhaltung zu unterstützen und eine ungesunde Agrarstrukturentwicklung zu verhindern und deshalb u. a.
 - ihre laut Antragsteller auf Massenproduktion und Export orientierte Milchpolitik zu beenden und den Rahmen für eine faire, umweltgerechte und kostendeckende Milchproduktion zu setzen,
 - das Grünland im Zuge der Umsetzung der Reform der GAP in Deutschland wirksam zu schützen und Maßnahmen vorzulegen, um die Weidehaltung von Kühen und eine flächengebundene Milcherzeugung zu fördern,
 - einen Milchgipfel mit Erzeugern, Molkereien, Handel und Verbrauchern einzuberufen, um Ansätze zur Stärkung der kostendeckenden Qualitätsmilcherzeugung aus Weidehaltung voranzutreiben und insbesondere Maßnahmen zu entwickeln, die die Konkurrenzfähigkeit der Milchviehweidehaltung im Vergleich zu anderen Landnutzungsformen stärken,

- verbrauchertäuschendes Marketing zu unterbinden und Regelungen zur Verwendung der Bezeichnungen „Weidemilch“ und „Heumilch“ zu schaffen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher eine aussagekräftige qualitative Entscheidungsgrundlage beim Einkauf haben,
 - Maßnahmen und Förderprogramme zur Unterstützung des Aufbaus von Kleinmolkereien für die direkte und regionale Vermarktung zu entwickeln;
- b) ein proaktives sog. Sicherheitsnetz und Instrumente zur Krisenintervention und für das Krisenmanagement zu schaffen und u. a.
- sich auf der Ebene der EU für den Ausbau der Milchmarkt-Beobachtungsstelle zu einem voll funktionsfähigem Instrument für die Marktanalyse und zur Krisenintervention einzusetzen,
 - sich auf der Ebene der EU für ein auf diesem Index basierendes Frühwarnsystem und ein Krisenmanagementprogramm einzusetzen, das eine Regulierung der Angebotsmenge auf dem Milchmarkt als Reaktion auf sinkende Erzeugerpreise vorsieht,
 - sich innerhalb dieses Krisenmanagementprogramms für zusätzliche erzeuger- und branchenfinanzierte Instrumente zur Umsetzung eines freiwilligen Produktionsverzichts in Krisensituationen einzusetzen;
- c) zur Stärkung der Erzeugerposition auf dem Markt und in der Wertschöpfungskette zu sorgen und deshalb u. a.
- die im sog. Milchpaket vorgesehenen Möglichkeiten zur Vertragsgestaltung zwischen Erzeugern und Molkereien z. B. hinsichtlich der Vertragslaufzeiten auf Bundesebene so umzusetzen, dass die Verhandlungsmacht der Erzeuger dadurch gestärkt wird, insbesondere die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, schriftliche Verträge zwischen Landwirten und Verarbeitern mit Mindestlaufzeiten verbindlich vorzuschreiben (Art. 148 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013), für eine erzeugerorientierte Vertragsgestaltung zur Stärkung ihrer Verhandlungsmacht auf dem Markt zu nutzen,
 - die Verhandlungsmacht von Milcherzeugern durch den Zusammenschluss zu Erzeugerorganisationen zur Verhandlung der Vertragsbedingungen und des Preises der Rohmilch (Art. 149 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013) zu stärken und
 - sich für eine Reform des EU-Wettbewerbsrechts einzusetzen, damit neben dem Schutz der Interessen der Verbraucher auch die Erzeuger als schutzbedürftige Gruppe anerkannt werden und Maßnahmen zu ihrer Stärkung möglich werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 47. Sitzung am 1. Juli 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/4424 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat in seiner 55. Sitzung am 1. Juli 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/4424 anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 40. Sitzung am 1. Juli 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/4424 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Zu den Buchstaben a und b

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/4424 sowie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/4330 in seiner 38. Sitzung am 1. Juli 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, sie bewerte das erfolgte Auslaufen der Milchquote zum 31. März 2015 grundsätzlich positiv. Die Marktausrichtung bei der Milcherzeugung sichere eine zukunftsorientierte Entwicklung auch bei kleinen Betrieben und gewährleiste eine flächendeckende Milchviehhaltung. Alle Beteiligten in der Milchviehhaltung sollten sich darüber bewusst sein, dass unabhängig vom Vorhandensein eines Milchquotensystems ein Strukturwandel auf dem Milchmarkt stattfinde, der nicht zu stoppen sei. Mitentscheidend für die Sicherung der Situation von Milchviehbetrieben seien u. a. die Fähigkeiten des jeweiligen Betriebsleiters. Deshalb fordere die Fraktion der CDU/CSU, dass die Landwirte weiterhin mit Beratungsangeboten sowie bei der Vermarktung ihrer Produkte unterstützt werden. Gleichzeitig nehme die Fraktion der CDU/CSU die existierenden Sorgen der Milchviehhalter über die weitere Entwicklung des Milchmarktes ernst. Noch sei die Situation für die Betriebe zu schultern. In Anbetracht der beiden sehr guten Jahre 2013 und 2014 müssten die meisten Unternehmen in der Lage sein, das derzeit zu niedrige Preisniveau bei der Milch noch eine Weile durch Rücklagen auszugleichen. Sollte es im Herbst 2015 tatsächlich zu einem weiteren Preisverfall bei der Milch kommen, müsse von Seiten der EU mit schnellen Maßnahmen reagiert werden. Hierzu gehöre möglicherweise auch das Instrument der Intervention. Auch für andere Lösungen sei die Fraktion der CDU/CSU offen. Bedingung sei allerdings, dass es sich um sachgerechte und funktionierende Lösungen handele, die die Fehler der Vergangenheit vermieden. Die Forderungen des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie von Teilen des Berufsstandes erfüllten diese Bedingungen nicht.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, der Milchmarkt befinde sich in einer schwierigen Situation. Seit 2007 leite sich der Milchpreis durchweg vom Weltmarktpreis ab. Gegen diesen Trend habe auch zu den Zeiten, als noch eine Quotierung bestanden habe, nicht viel ausgerichtet werden können. Große Milchwirtschaftsländer wie Australien und Neuseeland bestimmten mit ihren hohen Exporten wesentlich den Preis auf dem Weltmarkt. Das schlage auf den hiesigen Markt durch. Es müsse geschaut werden, ob im Rahmen von Möglichkeiten der Gewährung von Darlehen seitens z. B. der Landwirtschaftlichen Rentenbank bestimmte Dinge für die Milcherzeuger abgefedert werden könnten. Im Grundsatz führe auch private und öffentliche Lagerhaltung zu keiner zufriedenstellenden Lösung, da die Mengen, die damit aus dem Markt genommen würden, zu einem späteren Zeitpunkt in irgendeiner Form wieder auf den Markt gelangten und sich negativ auf das Preisniveau auswirkten. Derzeit befinde sich der Milchmarkt in einer ähnlichen Situation wie zur Zeit der Milchkrise im Jahre 2009. Die Fraktion der SPD gehe davon aus, dass die zyklischen Schwankungen beim Milchpreis weiter zunehmen. Das betreffe sowohl niedrige Preise wie derzeit als auch Preise jenseits von 40 Cent pro Liter. Darauf müsse sich die Milchwirtschaft einstellen. Klar sei, dass unter Umständen die für stringente marktregulatorische Methoden aufzuwendenden Kosten gesellschaftlich höher ausfielen als im Augenblick der Sektor an Einbußen in Teilen hinnehmen müsse. Die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Instrumente zur Regulierung des Milchmarktes funktionierten nicht, zumal zwischen den EU-Mitgliedstaaten eine ganz unterschiedliche Preisentwicklung wie auch divergierenden Mengenentwicklungen bei der Milch festgestellt werden könnten.

Die **Fraktion DIE LINKE** zeigte sich über die Äußerungen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD überrascht, dass der niedrige Milchpreis für die Milchviehbetriebe zu schultern sei. Die letzte Krise auf dem Milchmarkt sei erst wenige Jahre her. Die Betriebe hätten in den letzten zwei Jahren (2013/2014) versucht, ihre hohen Verluste, die sie in der Milchkrise 2009 erlitten hätten, wieder auszugleichen. In nicht wenigen Regionen Deutschlands wiesen die Milchviehhalter zu Recht darauf hin, dass sie die letzte Krise gerade „noch knapp“ überstanden hätten, aber in der nächsten nicht mehr werden bestehen können und aus der Milchproduktion aussteigen würden. Diese Entwicklung könne die Politik nicht ruhig lassen, zumal die Milchproduktion in den Regionen bzw. die Kühe auf der Weide ein Kulturgut seien. Natürlich wäre einerseits das Quotensystem, wie es existiert habe, nicht geeignet gewesen, um bestimmte Fehlentwicklungen zu korrigieren. Andererseits führe die Deregulierung des Milchmarktes zu noch ernsthafteren Problemen für viele Betriebe. Der von der Fraktionen der CDU/CSU und SPD verlautbarte Optimismus, dass mit dem Auslaufen der Milchquote zum 1. April 2015 eine lichte Zukunft für die Branche anbreche, sei bereits verflogen. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD werde abgelehnt, weil das Heil der hiesigen Milchviehbetriebe nicht auf dem Weltmarkt zu suchen sei, auf dem Länder wie u. a. Neuseeland strukturell im Vorteil seien. Die Fraktion DIE LINKE vertrete die Position, dass die Konzentration auf die Binnennachfrage die besseren Chancen für die Betriebe biete. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalte sinnvolle Forderungen. Er enthalte aber Analysen, die nicht geteilt würden. So seien, wie von den Antragstellern behauptet, nicht nur die kleinen und mittleren Betriebe, sondern auch viele große Betriebe von den aktuellen Problemen betroffen. Zudem fehlten im Antrag die Punkte „Kartellrecht“ und „Bodenmarkt“.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, sie habe eine völlige andere Wahrnehmung der hiesigen Situation auf dem Milchmarkt als die Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Die Situation sei überhaupt nicht, wie insbesondere von der Fraktion der CDU/CSU dargestellt, für die Milchbäuerinnen und Milchbauern noch erträglich. Es sei für diese nicht erträglich, dass der Rohstoffwert aktuell auf 24,5 Cent pro Liter Milch ab Hof gefallen sei und wahrscheinlich nach der Analyse einer weltweit im Lebensmittel- und Agrarhandel führenden Bank noch weiter unter Druck kommen werde. Es könne der Politik nicht egal sein, dass so viele Milchbäuerinnen und Milchbauern – gerade auch diejenigen, die ins Wachstum gegangen seien – inzwischen in erheblichen Maße massiv unter Druck geraten seien. Mit dem von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD favorisierten Ausstieg aus der Milchquote breche sich ein Strukturumbruch Bahn, durch den schon jetzt viele Betriebe in schwere Turbulenzen gerieten. Leider hätten sich damit die Befürchtungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor den Folgen der Abschaffung der Milchquote bewahrheitet. Die Bundesregierung und die Fraktionen von CDU/CSU und SPD hätten nichts dagegen unternommen, als in den Wochen nach dem Auslaufen der Milchquote in den Kontraktverhandlungen zwischen deutschen Molkereien und dem Lebensmittel Einzelhandel ein Milchpreis von nur 55 Cent pro Liter zustande gekommen wäre. Dieser niedrige Milchpreis sei nicht durch eine Mengenausweitung begründbar, sondern alleine durch die große Marktmarkt der sog. Discounter gegenüber den Milcherzeugern. Die Bundesregierung vertröste die Milchbäuerinnen und Milchbauern und verweise auf die wichtige Rolle der genossenschaftlichen Molkereien bei der Milchpreisfindung. Notwendig seien aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spätestens jetzt konkrete Maßnahmen und Instrumente für den Milchmarkt, wie sie in ihrem Antrag vorgeschlagen würden. Diese Vorstellungen zur Bekämpfung der drohenden Krise auf dem Milchmarkt seien bisher von der Bundesregierung unverständlicherweise nicht aufgenommen worden. Es sei an der Zeit, dass sie im Interesse der Zukunft der Milchbäuerinnen und Milchbauern diese Vorschläge ernsthaft prüfe.

2. Abstimmungsergebnisse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 18/4424 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/4330 zu empfehlen.

Berlin, den 1. Juli 2015

Kees de Vries
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

